Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 85 (1991)

Heft: 5

Artikel: Radikales '98 statt reaktionäres '91

Autor: Lang, Josef

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143613

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Radikales '98 statt reaktionäres '91

Josef Lang, der Verfasser des folgenden Textes, ist BRESCHE-Redaktor, GSoA-Aktivist und Vertreter der Sozialistisch Grünen Alternative (SGA) im Zuger Stadtparlament. Als promovierter Historiker befasst er sich immer wieder mit den emanzipatorischen Potenzen in Geschichte und Gegenwart der Gesellschaft Schweiz. Für ihn findet der Kampf um das radikal-demokratische, nach wie vor unabgegoltene Erbe in den Chiffren «1798» und «1848» einen symbolischen Ausdruck, während sich die diesjährige Feier «700 Jahre Eidgenossenschaft» weit mehr auf den obrigkeitsstaatlichen Geist des Ancien régime bezieht. Zu diesem ganzen Fragenkomplex veröffentlichte Josef Lang vor zwei Jahren das Buch «Die Seele der Nation» (Frankfurt 1989).

Der Text diente als Diskussionsgrundlage für die Seminarwoche «'98 statt '91» in Salecina vom 13. bis 19. Januar 1991. In seinem mündlichen Vortrag präzisierte der Autor, dass es ihm nicht darum gehe, für 1998 eine alternative Feier vorzuschlagen. Vielmehr bestehe die Herausforderung darin, ein alternatives, radikal-demokratisches Arbeitsprogramm für eine offene und solidarische Schweiz zu formulieren. Zudem gelte es, im ideologischen Kampf um die «Chiffre '98», d.h. um die Frage: «Welche Schweiz wollen wir?», den zeitlichen und inhaltlichen Vorsprung gegenüber dem Bürgertum zu nutzen.

Red

Damals hatten sie einen Entwurf. Damals wollten sie, was es zuvor noch nie gegeben hatte, und freuten sich auf das Morgen, das Übermorgen. Damals hatte die Schweiz eine geschichtliche Gegenwart.

Max Frisch, Stiller, 1954

Die Taktik der Geistigen Landesverteidigung besteht darin, die Freiheit des Schweizers der Unabhängigkeit der Schweiz zu opfern.

Friedrich Dürrenmatt, Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht, 1969

Wenn wir der offiziellen Schweiz mit ihrem Projekt 91 – abgekürzt P91 – eine andere Schweiz, deren Chiffren «1798» und «1848», aber auch «1868», «1918» und «1968» lauten, entgegensetzen, dann tun wir das, weil wir dieses Land noch nicht aufgegeben haben. Wem die Schweiz gehört, dem ist das Festhalten eine Selbstverständlichkeit. Wer in diesem Land aber kein Land hat, der muss dafür höhere Gründe haben. Diese haben etwas zu tun mit dem revolutionären Helvetismus der Untertanen von 1798 und dem radikalen Demokratismus von 1848.

Wir sehen für die Schweiz und in der Schweiz eine Zukunft, nicht obwohl, sondern weil sie in einer *Krise* steckt. Die Krise schafft der anderen Schweiz den alternativen Freiraum, den die 68er Bewegung noch nicht vorfand, erst schaffen musste. Wenn

wir die Schweiz nicht für abschaffungswürdig, sondern für verändernswert halten, wenn wir sie (noch) nicht als «Eiterbeule, die jeden Augenblick platzen kann» (Jürg Läderach in der «Weltwoche» vom 6. Dezember 1990), betrachten, sondern sogar Hoffnung in sie investieren, dann tun wir das auch, weil uns die letzten 22 Jahre zwei Sachen gelehrt haben:

Das emanzipatorische Erbe

Erstens lassen sich Wirklichkeiten nur verändern, wenn wir uns in ihnen verankern und in ihnen selber ein emanzipatorisches Erbe finden. Es gibt keine erfolgreiche Befreiungsbewegung der letzten 200 Jahre ohne starke nationale – nicht nationalistische – Wurzeln. Und zweitens haben sich die Nationen – damit meine ich nicht die

Staaten – als viel zählebiger erwiesen, als das die liberalen und sozialistischen Theoretiker prophezeiten. Weiterhin auf die Schweiz – eine menschlich-solidarische, nicht die geschäftig-egoistische – zu setzen, ist nicht eine Frage des Patriotismus, sondern des Realismus. Langfristig allerdings teile ich die kosmopolitische Utopie des helvetischen Stürmers und Drängers Johann Kaspar Lavater, der sein 1768 erschienenes und in Zürich verbotenes «Gebethlied eines Schweizers» geschlossen hatte mit den Versen: «Bis aus allen Nationen / Eine nur geworden ist.» Der 48er Gottfried Keller schlug im «Fähnlein der sieben Aufrechten», wo er über das «sichere Ende seines Vaterlandes» nachdachte, ähnliche Töne an wie der Vor89er Lavater.

Die helvetischen Patrioten der Aufklärungszeit waren wie die radikalen Demokraten des «Völkerfrühlings» erklärte Antinationalisten. Der schweizerische Nationalismus entstand erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts unter dem Eindruck der deutschen und italienischen Vereinigung, als Reaktion gegen die aufsteigende Sozialdemokratie und «als stabilisierendes Gegengewicht zur Dynamik der Moderne» (Georg Kreis in der NZZ vom 5./6. Januar 1991). Zur offiziellen Ideologie geriet der Schweizer Nationalismus mit der Bundesfeier von 1891, wo aus der 43 Jahre jungen Schweiz eine 600 Jahre alte gemacht wurde. Der US-amerikanische Historiker Christoph Hugh, für den ein Nationalstaat durch den Nationalismus gebildet wird, datiert die Gründung der Schweiz in seinem Werk «Switzerland» auf das Jahr 1891.

Welches aber war die sinnstiftende Kraft der Gründer-Schweiz? Es war die Aufklärung mit dem Grundwert des mündigen und gemeinnützigen Citoyen (die Rolle der Citoyenne ist eine andere Geschichte). Ihre Ideologie war die Volkssouveränität, die kulturelle und sprachliche (aber nicht geschlechtliche) Gleichberechtigung und die Solidarität mit den Demokraten aller Länder. Begründet wurde der schweizerische Republikanismus durch die Helvetische Gesellschaft (1780-97), in der die Helvetische Revolution von 1798 geistig vorbereitet wurde. Auch wenn diese wegen der rücksichtslosen Repression durch die bernischen Herren nur mit französischer Hilfe das Ancien régime stürzen konnte, bleibt es ihr historisches Verdienst, die feudalen Vorrechte abgeschafft, die Untertanenverhältnisse aufgelöst, die Freiheitsrechte begründet und eine Reihe von Reformen, am vorbildlichsten im Schulwesen, eingeleitet zu haben.

Die Asyl- und Sprachen-Fragen

Die Saat der helvetischen Frührepublikaner ging in der radikal-liberalen *Regeneration* der 30er und 40er Jahre auf. Diese machte aus der Schweiz ein offenes und bewegtes Land.

Wie unterschiedlich das damalige Nationalbewusstsein vom heutigen war, zeigt am besten die Einstellung zur Asylfrage. Die Verteidigung der Flüchtlinge polarisierte während der Regenerationszeit (1830–1847) immer wieder die radikalen SchweizerInnen und die fortschrittlichen Kantone gegen die Heilige Allianz und die gegenüber dieser schwächliche Tagsatzung. Einer der stärksten Momente des Republikanismus waren die «eindrücklichen Vollversammlungen, die gegen die ausländische Bervormundung protestierten». Unter dem Druck der reaktionären Mächte hatte die Tagsatzung 1836 ein «Fremdenkonklusum» erlassen. Vorbild der 36er Mobilisierungen war die Grosskundgebung von Flawil (SG), an der 8000-10000 Männer und eine unbekannte Anzahl Frauen teilnahmen. Deren Hauptforderung war eine offene Asylpolitik. Laut dem bereits zitierten Georges Andrey wurde «für die europäischen Kabinette Flawil zum Symbol der Revolution und (Flawilisieren) zum Schimpfwort»¹. Und im Handbuch der Schweizer Geschichte schrieb Jean-Charles Biaudet: «Die Bevölkerung in den regenerierten Kantonen steht mit Geist und Seele auf der Seite der Flüchtlinge, in denen sie die Vorkämpfer jener Freiheit erkennt, auf der ihre kantonalen Verfassungen gründen. (...) Das ganze Verdikt einer würdigeren, mutigeren Haltung fällt der linken Opposition, fällt den Radikalen zu.»²

Ohne diesen weltoffenen Geist wäre die Bildung einer Schweizer Nation aus vier Sprachen, noch mehr Kulturen und Ethnien und zwei ebenbürtigen Konfessionen kaum gelungen, wäre sie von den umliegenden Grossnationalismen aufgerollt worden. Der im Ersten Weltkrieg aufgebrochene Röstigraben bestätigt die von Peter Vollmer in seiner Dissertation vertretene These, dass die «sprachliche, kulturelle und ethnische Vielgestaltigkeit der «Nation» ... jeden auf traditionelle (objektivistische) Kriterien rekurrierenden Nationalismus zum sicheren Totengräber schweizerischer Nationalstaatlichkeit hätte werden lassen»³. Was die verschiedenen Völkerschaften verband und von den gleichsprachigen Nachbarn unterschied, war das radikal-demokratische Selbstbewusstsein. Die gemeinsame Ablehnung des Ancien régime und Befürwortung der Volkssouveränität schweisste sie zusammen und hielt sie davon ab, sich der französischen, deutschen oder italienischen Nation anzuschliessen.

Wie die Schweiz zu ihrem Entstehen und Überleben zur Fortschrittlichkeit und Offenheit verdammt war, zeigt die Sprachenfrage. Während die Alte Eidgenossenschaft eine deutschsprachige gewesen war – der Hofhistoriker Aegidius Tschudi hatte das Französische und Romanische als «übernommene Fremdsprachen» bezeichnet –, wurde die Helvetik dreisprachig, was für die damalige Zeit eine politische und verwaltungstechnische Gewaltleistung war. Der Waadtländer Revolutionär César Laharpe sah in der Dreisprachigkeit «die Möglichkeit zur Erweiterung der Bildung und Erziehung: dadurch würden (...) die barbarischen Vorurteile zerstreut, die Menschen zu Rivalen, dann zu Feinden, endlich zu Sklaven machten.»⁴ Nach dem Zusammenbruch der Helvetik wurde Deutsch wieder zur einzigen «Nationalsprache»; die Restauration bekräftigte diese Regelung, und in den zweisprachigen Kantonen wurde die französische Schweiz unterdrückt. Mit dem revolutionären Neu-Aufbruch in den 30er Jahren veränderte sich das Kräfteverhältnis wieder zugunsten der Minderheitssprachen und damit der offiziellen Mehrsprachigkeit, wie sie in der 48er Verfassung festgeschrieben wurde.

Die linke Geschichtsschreibung

In seinem bereits zitierten NZZ-Artikel mit dem Titel «Mythos gegen Mythos – Zur Debatte um die Gründungsjahre 1291, 1307 und 1848» hält uns der Basler Geschichtsprofessor Georg Kreis vor: «Während noch vor kurzem die kritische Leistung darin bestand zu betonen, dass der Bundesstaat von 1848 vor allem aus ökonomischen Motiven (aus dem Interesse an einem einheitlichen Wirtschaftsraum der Schweiz AG) geschaffen worden sei, wird heute glauben gemacht, dass damals der grosse und später eben verratene Idealismus am Werk gewesen sei.» Tatsächlich hat die linke Geschichtsschreibung, beispielsweise Robert Grimms «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen» und Konrad Farners «Zürichs Geschichte, Chronik einer Mantel-Demokratie», einseitig «ökonomische Basis» betont und den politischen, ideellen und kulturellen «Uberbau» unterschätzt. Dieser Fehler hat zu tun mit der materialistischen Einseitigkeit des orthodoxen Marxismus und mit seiner Beschränkung der Geschichte auf den Klassenkampf. Gerade in den republikanischen Bewegungen, vor allem im Völkerfrühling, spielten ideelle Aufbrüche, welche nicht klassenunabhängig, aber klassenübergreifend waren, eine wesentliche Rolle.

Ein anderer Irrtum – sowohl der sozialistischen wie der liberalen Historiker – ist die Meinung, die bürgerlichen Revolutionen seien das Werk revolutionärer Bourgeoisien gewesen. Tatsächlich stammten die wichtigsten und meisten Kader der radikal-demokratischen Bewegungen aus dem Mittelstand. Das klassische Beispiel sind die französischen Jakobiner. Der erwähnte Hugh sieht den schweizerischen Republikanismus «in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts recht leicht auf den Schultern der kultivierten Mittelklassen»⁵ ruhen. Die Bourgeois vertraten eher reformistische Konzepte, wurden deshalb in den heissen Phasen überbordet und warteten jeweils ab, um nach dem Abflauen der Bewegungen das politische Ruder zu übernehmen. Das System Escher ist ein Kind der 48er Revolution, aber ein illegitimes. Nicht zuletzt deshalb gelang der Demokratischen Bewegung, der gesellschaftlich und politisch das 48er Erbe gehörte, 20 Jahre später ein leichter Sieg über die vom Luzerner Konservativen Philipp Anton von Segesser als «moderne Feudalherren» abgekanzelten Financiers und Industriellen. Die wichtigsten Errungenschaften des 68er Durchbruchs im Kanton Zürich: Initiativ- und Referendumsrechte, Volkswahl des Regierungsrates, die Errichtung einer Kantonalbank zugunsten der Benachteiligten, Verstaatlichung der Eisenbahn, Schaffung einer Sozialversicherung, Gewerkschaftsfreiheit, Einführung der Vermögensbesteuerung sowie Abschaffung des Schulgeldes, wurden wegen der erwähnten Fehleinschätzung weder von Grimm noch von Farner richtig gewürdigt. Dies erstaunt um so mehr, als der Sieg der Demokraten über das System Escher für die junge Arbeiterbewegung eine gewaltige Ermutigung bedeutete. Nicht zufällig im gleichen Jahr fand in Genf der wichtigste Streik des letzten Jahrhunderts statt. Auffällig dabei war die Verbindung zwischen den «alten» Radikal-Demokraten und der «neuen» Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA). Der Führer der Genfer IAA, Johann Philipp Becker, hatte an den Freischarenzügen teilgenommen und deren «General», den späteren Bundesrat Ulrich Ochsenbein, im Sonderbundskrieg als Adjutant begleitet. Die gemässigtere Organisation der Arbeiterbewegung, die Grütlianer, zogen gegen den Sonderbund ins Wallis. Die politische Arbeiterbewegung beginnt mit der Genfer Revolution von 1846 und der gesamtschweizerischen von 1847/48.

Vom Frei-Sinn zum Ordnungs-Sinn

Der Zerfall des linken Freisinns im ausgehenden 19. Jahrhundert hat seine Hauptursache in dessen Aufgehen in der Sozialdemokratie. Das liberale Bürgertum selber orientierte sich vom Frei-Sinn zum Ordnungs-Sinn um, richtete sich in der Deutschschweiz immer mehr nach dem unter preussischer Fuchtel vereinigten deutschen Obrigkeitsstaat aus und suchte gegen den neuen Feind, die Arbeiterbewegung, die Versöhnung mit dem alten Feind, dem katholischen Konservativismus. Auf der ideologischen Ebene wurde der Republikanismus durch den Nationalismus ersetzt. Der rechtsfreisinnige Rechtsgelehrte Johann Caspar Bluntschli, ein erbitterter Gegner der Arbeiterbewegung seit deren Anfängen, wandte sich gegen das aufgeklärt-liberale Schweiz-Verständnis als Resultat eines politischen Willens und kreierte unter überschwenglicher Einbeziehung von Natur und Landschaft einen «schweizerischen Volkscharakter» und eine «nationale Kulturgemeinschaft», eine irrationale Konzeption, die vor allem der Literaturnobelpreisträger Carl Spitteler energisch bekämpfte. Die radikal-demokratischen Inhalte wurden verdrängt durch die alteidgenössischen Mythen und Legenden. Der Bund begann den Nationalismus gezielt zu kultivieren. Die staatlich geförderte Nationalkunst huldigte einem pathetischen Idealismus und kriegerischen Patriotismus und verstand sich als Bollwerk gegen die zeitgenössische moderne Kunst. Im Rahmen der kulturellen Einigelung entstand eine Heimatschutzbewegung, die vor allem den alpinen Mythos pflegte, der durch das 1880/81 erschienene Kinderbuch «Heidi» dem Rest der Welt nahegebracht wurde. Die Dialektdichtung erlebte eine grosse Blüte. Im Welschland vollzog sich die Wende unter Federführung des erzkonservativen Freiburger Patriziers Gonzague de Reynold. 1896 kam es in Zürich und 1902 in Arbon zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen.

Der US-amerikanische Historiker Gordon A. Craig hält in seinem Buch über Aufstieg und Niedergang des Zürcher Liberalismus im Zusammenhang mit dem in den achtziger Jahren einsetzenden «neuen Militarismus», «rabiaten Chauvinismus», «ungenierten Materialismus» fest: «Wo dieses Denken Einzug hielt, konnte der ganze exhibitionistische Kult, den die neue Gesellschaft mit ihrem materiellen Reichtum trieb, nicht über ihre kulturelle und geistige Verarmung und über das Fehlen einer Sinnperspektive hinwegtäuschen. Ein Zeichen der Zeit war es auch, dass viele Künstler und Intellektuelle von dem bestimmten Gefühl beschlichen wurden, dass etwas Wichtiges verlorengegangen war.»⁶

Alpen statt Aufklärung

Das obrigkeitliche Geschichts- und Kulturverständnis setzte sich in den 30er Jahren mit der «Geistigen Landesverteidigung» durch. Der freisinnige Schulterschluss mit den Konservativen, den historischen Antinationalen, gegen die Arbeiterbewegung und der dreifache Schock von Oktoberrevolution, deutscher Niederlage und General-

streik bedeuteten das Ende des alten Liberalismus. Der Zürcher Literaturprofessor *Karl Schmid* brachte es an einer freisinnigen Kulturveranstaltung mit einer Neuinterpretation Wilhelm Tells auf den Punkt: «Uns ist es wichtiger, dass er von den Bergen herniedersteigt in genagelten Sohlen, als dass er die Sprache der Menschenrechte spricht.»⁷

Mit diesem von jeglichem Liberalismus befreiten Geschichtsbild konnte sich auch der konservative Ständerat *Philipp Etter* identifizieren. Dieser hatte 1933, ein Jahr bevor er Bundesrat wurde, die Abkehr der Fröntler «von den geistigen Grundlagen des Liberalismus, (...) den Abfall der Jugend des 20. Jahrhunderts vom Geist des 19. Jahrhunderts» begrüsst. 1938 verfasste er die erzreaktionäre «Botschaft des Bundesrates über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturbewerbung». 1939 gab er mit zwei anderen Bundesräten und Gonzague de Reynold die Luxusschrift «Schweizer

Wehrgeist in der Kunst» heraus, in der das revidierte und offizialisierte Geschichtsbild zelebriert wurde. Im gleichen Jahr eröffnete er als Bundespräsident die «Landi» mit einer Rede, wo er immer wieder die Wörter «Schweiz» und «eidgenössisch», aber nie «Demokratie» verwendete.

- 1 Georges Andrey, Auf der Suche nach dem neuen Staat (1798-1848), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. II, Basel 1983, S. 253, 240.
- 2 Jean-Charles Biaudet, Der modernen Schweiz entgegen, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. 2, Zürich 1980, S. 933.
- 3 Peter Vollmer, Nationalismus und Emanzipation, Bern 1983, S. 99.
- 4 Zitiert in: Hermann Weilenmann, Die vielsprachige Schweiz. Eine Lösung des Nationalitätenproblems, Basel 1925, S. 177.
- 5 Christoph Hugh, Switzerland, New York 1975, S. 218.
- 6 Gordon A. Craig, Geld und Geist. Zürich im Zeitalter des Liberalismus 1830-1869, Zürich 1989, S. 278. 7 Zitiert in: Peter Utz, Die ausgehöhlte Gasse, Stationen der Wirkungsgeschichte von Schillers «Wilhelm Tell», Königstein 1984, S. 275.
- 8 Zuger Nachrichten, 26.4.33.

Die Schweiz ist nicht ein Gebilde der blossen Natur, sondern eine Tat der Freiheit, und sie lebt nur durch die sich stets erneuernde Tat der Freiheit.

Wenn wir ein Daseinsrecht behalten wollen, so müssen wir ein Asyl Europas sein, ein Hort der Freiheit und Menschlichkeit.

Die Schweiz lebt von der Erfüllung ihrer Friedensmission. Darin erfüllt sich der Sinn ihrer Geschichte. An einem Militarismus – und wäre er auch helvetisch gefärbt – müsste sie sterben. Aus einer grossen Kriegsmacht, die sie einst war, muss sie eine grosse Friedensmacht werden. Wenn wir diese Linie nicht sehen und nicht aufnehmen, ist die Schweiz verloren. Wenn wir sie sehen und aufnehmen, ist sie gerettet – und gross!

(Leonhard Ragaz, Gedanken, ausgewählt von Freunden, Bern 1951, S. 146ff.)

nerallinie der israelischen Politik erklärt. Besonders schäbig ist, dass Villain dabei eine zionistische Instrumentalisierung der Shoah unterstellt («Nur diese jähe Dringlichkeit der Staatsgründung zwecks Rettung möglichst vieler (heiligte) dann auch bestimmte Mittel militärischer und anderer Art, deren exzessiver Einsatz...») und dabei die monströsen Verbrechen Nazideutschlands verharmlost. Villain sieht hinter dem deutschen Verwaltungsmassenmord am jüdischen Volk eine «Handvoll politischer Abenteuer (!), Ausgeburten eines ins Schleudern geratenen Spätkapitalismus», die «zur Ablenkung von dessen Schwierigkeiten das grösste Pogrom aller Zeiten» (S. 91) veranstalteten. Dass in Deutschland der Antisemitismus Europas in einem von allen Gefühlen abstrahierten, organisierten Massenmord nie gesehener Perfektion kulminierte und die Welt im übrigen weithin gleichgültig demgegenüber blieb, muss Villain leugnen. Antisemitismus oder Judenfeindschaft gibt es offenbar für ihn nicht; sie kommen im ganzen Artikel nicht einmal sprachlich vor. Auch die russischen Pogrome sind deshalb für ihn Manöver, mit denen «es eine verrottende feudale Oberschicht immer wieder verstanden (hatte), bedrohliche soziale Spannungen und Widersprüche von sich weg und auf die ... jüdischen Minderheiten abzulenken» (S. 90). So bleibt das Volk nur verführtes Opfer der Herrschenden und die linke Ideologie rein. Aber musste man die Massen Russlands pressen, die Juden zu verfolgen? Hatten die Herrschenden es ihnen nicht vielmehr erlaubt, in Pogromen das tiefsitzende antijüdische Mütchen zu kühlen? Hat etwa Hitler die Deutschen zum Morden gezwungen? Haben sie es nicht vielmehr ihm ebenso wie er es ihnen erlaubt? Hat nicht die jahrhundertelange christliche Lehre der Völker in der Verachtung der Juden das jüdische Volk zum designierten Opfer jedweden Hasses in Europa gemacht?

Der Zionismus als Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes

Es ist im Kern die Leugnung dieser Tatsache, dass die europäischen Gesellschaften - real existierende kapitalistische ebenso wie sozialistische – durch und durch antisemitisch bestimmt waren – und sind, welche Villains Fehlbeurteilung des Zionismus meines Erachtens regiert. Nur deshalb kann er nicht einmal mit einer Zeile in seinem Artikel anerkennen, dass der Zionismus eine Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes angesichts des europäischen Nationalismus und seines die Juden ausgrenzenden, widerwärtigen Antisemitismus war. Nur deswegen leugnet er den tiefgreifenden Unterschied zwischen dem Zionismus und dem europäischen Kolonialismus. Denn die Juden sind nicht von ihren Mutterländern nach Palästina geschickt worden wie die Franzosen nach Algerien. Sie mussten vielmehr zumeist aus ihnen fliehen. Und sie konnten auch – anders als die Franzosen, die Engländer, die Deutschen und die Holländer z.B. - nicht aus ihrer «Kolonie» wieder zurückkehren, selbst wenn sie es gewollt hätten. Erinnern wir uns nur daran, wie schändlich die vor den nazistischen Greueltaten Fliehenden immer wieder abgewiesen wurden. Erinnern wir uns, dass Leonhard Ragaz nach der «Reichskristallnacht» im Blick auf die entsetzliche Not der Juden im deutschen Machtbereich im Dezember-Heft der «Neuen Wege» u.a. schrieb: «Es ist ein unerhörtes Bild: diese 600 000 Menschen, die zwischen den Grenzen der «christlichen» Völker von Hunger, Qual und Tod gehetzt hin und her irren. Wir werden dafür gerichtet werden, dass wir es so weit kommen liessen und jetzt so feige und herzensträge reagieren.» Aber machen wir nur die Augen heute auf. Welches Land ist denn bereit, die in einem Massenexodus aus der Sowjetunion emigrierenden jüdischen Menschen in relevanten Zahlen aufzunehmen? Deutschland jedenfalls ist dazu nicht bereit, die Schweiz ebenfalls nicht, aber auch nicht Amerika, das klassische Asylland. Wenn Jean Villain ein Land ausser Israel bekannt sein sollte, so möge er es nennen. Er verdiente sich einen Gotteslohn.

Ekkehard Stegemann

«Radikales '98 statt reaktionäres '91»? Wider-Spruch zum Beitrag von Josef Lang im Mai-Heft (NW 1991, S.147ff.)

Lieber Jo,

natürlich gilt es, aus der Geschichte aufklärend das zu heben, was vergessen zu machen, ein Interesse besteht. Das machst Du mit Deiner Salecina-Rede über die Schweiz. Du machst noch mehr. Du thematisierst auch die Interessen, die von 1891 bis 1991 die «andere Schweiz» von 1798, 1848, 1918, 1968 möglichst zu verhindern versuchten - und immer noch verhindern! Du meldest an, dass geschichtliche Aufklärung eine, vielleicht die wichtigste Methode ist, um bei der real existierenden Schweiz nicht alle Hoffnung fahren zu lassen. Und Du meldest politischkämpferisch an, dass Du Dir das, was historisch gewusst werden kann, von keiner reaktionären 700-Jahr-Feier abkaufen lässt. Du klärst auf, Du klärst politisch auf und traust solcher Aufklärung nach wie vor einen (heilsamen) Streit zu. In Sachen Aufklärung gehe ich grundsätzlich mit Dir einig. Was hätte ich da zu mäkeln?

Durchgesetzt haben sich die helvetischen Macht-Zynismen

Fast möchte ich, frei nach Goethe, kalauern: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt *Dein* Glaube (je länger desto mehr). Du hast mir vor kurzem – auch etwas kalauernd – mit Bezug auf die «Dialektik der Aufklärung» gesagt, Du betontest mehr die Aufklärung, ich hingegen mehr deren Dialektik. Da wird's denn *unter Freunden* strittig. Und ich versuche den Streit – in Stichworten bloss – wachzuhalten, weil es an sich ein zentraler Streit ist.

Du schreibst: «Das System Escher ist ein Kind der 48er Revolution, aber ein illegitimes.» Ich würde anfügen: aber das, das überlebt, kräftig, immer kräftiger, mehr als ein Jahrhundert nach dem Tod der Gründer(-Väter). Oder pointiert: Wie sich zeigte, hatte Escher recht; er hat *real* «wahr» gemacht, wozu die *Ideale* dienten. Das könnte zynisch klingen, ist aber nur (bitter) nahe bei den helvetischen Macht-Zynismen, die sich durchgesetzt haben und sich durchsetzen.

Du sagst mit grossem Recht, dass Geschichte nicht nur ökonomisch aufgeklärt werden muss, sondern auch in ihren «Überbauten», und die Linie, die Du verfolgst bis zu «Alpen statt Aufklärung» ist die, die ich – in etwa – auch sehe. Nur ist mir der Strich schon am Anfang nicht so rein, wie Du ihn zeichnest, er ist von Anfang an «tragischer» mit dem vermittelt, was eben nicht sein sollte und noch nicht sein soll! Zum Beispiel der grosse Schulmann der Regeneration, Thomas Scherr. Er hat durch die Schule das Ideal vom Volk und seinem Staat tatsächlich zu verwirklichen versucht. Er dachte sich sogar ein lebenslanges, permanentes Recht auf Bildung aller aus. Im umständlichen Titel einer Schrift von 1842 (als Scherr politisch schon wieder abgesägt war) heisst es so schön: «...hergeleitet aus der zweckwidrigen Beschränkung des Unterrichtes auf die Jahre der Kindheit und aus der unzureichenden Fortwirkung der Kinderschule auf ein edleres Volksleben». Natürlich ist das, mit Bloch zu reden, «unabgegolten». Aber, mit Brecht zu reden, die Verhältnisse waren halt nicht so! Verkürzt gesagt: Gegen die «Sachzwänge» (der Industrialisierung) liess sich zunächst und lange nicht einmal die Kinderschule so durchziehen, wie das Scherr und vor ihm Pestalozzi (noch radikaler) sich gedacht hatten. Die Chancengleichheit, wie wir's heute nennen würden, war als kühnes Ideal für ein ganzes Volk entworfen. Realisiert wurde zunächst die Einschulung an den Ort, der jeder Klasse zustand. Die genaue Geschichte der Verhakung von Ideal und Wirklichkeit im Zusammenhang von Schule und Nation (bis zur «Schule der Nation»!) ist meines Wissen noch nicht geschrieben! (Ich versuche in meinem im Herbst beim Verlag Pro Juventute erscheinenden Buch «hast noch Söhne ja» darauf ein wenig hinzuweisen. Du kennst es schon!)

Der Mythos fiel nicht vom Himmel

Ein anderer Punkt: Es stimmt zwar, dass man 1891 schliesslich den falschen Mythos brauchte, mit dem man uns heute noch zusammenhält, es mindestens immer gespenstischer versucht. (Esther Bührers Bild von der «Gespensterbahn» scheint mir präziser zu sein als Läderachs «Eiterbeule».) Aber der Mythos fiel ja nicht vom Himmel oder stieg aus schon versumpfenden Realitäten plötzlich auf wie ein übles Gerüchlein. Am Mythos hatten keine geringeren als etwa Gotthelf und Keller selbst gebastelt (wie ich in einem Essay übers Schweizerhaus hier in den Neuen Wegen zu skizzieren versuchte.) Da wäre zum Beispiel bei Gottfried Keller Genaues nachzuzeichnen in den Jahren 1859, wo er in seinem Aufsatz «Mythenstein» eine National-Ästhetik entwickelt, bis zum Jahre 1862, als das «Fähnlein der sieben Aufrechten» erschien und dem neugewählten Staatsschreiber sein erstes Bettagsmandat von der hohen Regierung nicht durchgelassen wurde. Ich meine, gerade bei Keller würde sich im mir etwas zu euphorisch wiederentdeckten Glanz des neuen Staates ein tief unglückliches Bewusstsein entdecken lassen, schon viel zerrissener zwischen Skepsis und Hoffnung, als wir das heute gerne hätten. Die Geschichte der schweizerischen Literatur ist seit Keller immer wieder auch eine Geschichte zweifelnder, ja verzweifelnder Kritik an dem Gebilde, das zu Feierstunden sich die (falschen) Diamanten klaut, die es gerade braucht. Aber in solche unglückliche Geschichten war, so scheint mir, eben zum Beispiel Keller schon selbst verwickelt. Seine Grösse liegt wohl gerade darin, dass frühe Zweideutigkeiten scharf Sprache geworden sind.

Nun weiss ich, lieber Jo, natürlich, dass Du das alles auch weisst (und vieles mehr, worüber wir alle präzise streiten sollten). Ich sehe und anerkenne in Deiner Aufklärung der Geschichte denn auch die Strategie, zum Beispiel den Freisinn von heute an eine «Radikalität» zu erinnern, an die er tunlichst sich nicht erinnern lassen möchte. Gut, Jo! Ich meine nur, die stärkeren Erben (wieder im Sinne Blochs) sind hierzulande auch heute noch nicht wir!

Resignation?

Das hört sich an wie Resignation. Mag sein, aber dann wäre es eine nötige. Woran ich 1998 allenfalls mich dezidiert erinnern würde, ist, dass auch hierzulande schon einmal ein altes Regime einbrach-und dass dabei sich Kräfte zeigten, die sich etwas ganz anderes für kurze Zeit vorzustellen wagten. Gegenüber den gleichzeitig sicher statt

findenden Feiern der hundertfünfzig Jahre seit 1848 bin ich noch skeptischer als gegenüber den 700 Jahren, die man uns dieses Jahr etwas dürftig vorzumachen versucht als die ewig gleich schweizerischen, womöglich unter dem Motto: die älteste Demokratie der Welt. Ich bin noch skeptischer, weil die zu diesem Anlass aufgerichteten Mythen mit noch mehr Gravität mit dem herrschaftlichen Verweis auftreten werden: c'est ça und c'était ça. Es wird, befürchte ich, die Gelegenheit sein, zu zeigen, wer seit 1848 ungebrochen die Definitionsgewalt hat zu sagen, was ist – mögen die Ideale und das, was einige damit gemeint hatten, sich in ihr Gegenteil verkehrt haben, end-

gültig «verludert» (Max Frisch) sein. Da mach ich als Linker nicht mehr mit. Ich will nicht auch noch zu dieser Illusion beitragen, durch Aufklärung endlich noch zu dem allen zu kommen, was offensichtlich immer wieder sich *nicht* durchsetzte, hart gesagt, mit dem Verkommenden verkam. Gerade die Geschichte der Arbeiterbewegung in den 20er und 30er Jahren zeigt auch eine Tragik, die man mächtigerseits zudeckt, *indem* man auf die «Konkordanz» pocht. Und die Aufklärung? Die betreiben wir selbstredend weiter, Jo, – ich ohne Hoffnung auf schweizerische Prämien.

Manfred Züfle

INWEIS AUF EIN BUCH

Marie-Dominique Chenu: Kirchliche Soziallehre im Wandel. Das Ringen der Kirche um das Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit. EDITION EXODUS, Fribourg/Luzern 1991. 121 Seiten, Fr. 16.—.

Gerade rechtzeitig zum 100. Jahrestag von «Rerum novarum» bringt der EXODUS-Verlag diese ideologiekritische Auseinandersetzung mit der «kirchlichen Soziallehre» heraus. Marie-Dominique Chenus Studie hebt sich wohltuend ab von der selbstgerechten Attitüde des gegenwärtigen Papstes, wie sie auch in dessen Jubiläums-Enzyklika «Centesimus annus» zum Ausdruck kommt. Freilich sind es nicht hundert, sondern achtzig Jahre, die der bekannte, 1990 verstorbene französische Dominikanerpater überblickt. Das ändert aber nichts an der Qualität und Aktualität der Schrift dieses theologischen Propheten, der «von der Ära Pius' XII. her zu den kirchlich Verfemten» gehörte, wie ihn Ludwig Kaufmann vorstellt. Erstmals 1977 in italienischer und zwei Jahre später auch in französischer Sprache erschienen, fand sie damals im deutschen Sprachraum kein Echo. Das hängt, wie Kuno Füssel in seinem Vorwort bemerkt, nicht nur mit der bislang fehlenden Übersetzung zusammen, sondern auch mit dem bemühenden Streit zwischen konservativen und progressiven Sozialethikern im deutschen Sprachraum, die sich lieber auf den Wortlaut amtskirchlicher Texte berufen, als mit der Sache selbst zu argumentieren.

Was noch nie mit dieser präzisen Unterscheidung herausgearbeitet wurde, ist die Wende in der sozialen Verkündigung der katholischen Kirche von der deduktiven zur induktiven Methode. Deduktiv ist eine «Soziallehre», die beansprucht,

aus abstrakten Prinzipien ein «christliches» Gesellschaftsmodell herzuleiten. «Sie entzeitlicht Begriffe, die das Produkt jener Zeit sind, in der sie erarbeitet wurden.» Die induktive Methode geht demgegenüber von der konkreten Wirklichkeit aus, die sie im Licht des Evangeliums zu betrachten, zu würdigen und zu verändern sucht. Ausgangspunkt des neuen Denkens sind Hoffnungen und Ängste der Menschen, nicht quasidogmatische Lehrsätze, der Dialog mit der «Welt», nicht deren Belehrung, das Reich Gottes, nicht die Kirche.

Die Deutung der «Zeichen der Zeit», wie sie erstmals Johannes XXIII. in seiner Friedensenzyklika «Pacem in terris» vornimmt, ist der Anfang vom Ende der klassischen Soziallehre. Das Konzil übernimmt diese prophetische «Methode» – nicht zuletzt dank der Mitarbeit Marie-Dominique Chenus an der Pastoralkonstitution «Gaudium et spes». Den Höhepunkt der lehramtlichen Selbstbescheidung sieht Chenu im Apostolischen Schreiben «Octogesima adveniens» Pauls VI. zum 80. Jahrestag von «Rerum novarum». Hier erfolgt das Eingeständnis, dass es «angesichts der grossen Unterschiede in den (gesellschaftlichen) Situationen weder Anspruch noch Aufgabe» des kirchlichen Lehramtes sei, ein «einheitliches Wort» zu sagen. Analyse, Kritik und Handlungsanweisung werden vielmehr den einzelnen Ortskirchen und deren «Dialog mit den andern christlichen Brüdern und allen Menschen guten Willens» überantwortet. Der Höhepunkt dieser neuen Sicht kirchlicher Sozialverkündigung ist zugleich der (vorläufige?) Schlusspunkt. Johannes Paul II. zeigt sich ausserstande, mit der kirchlichen Vergangenheit anders als rechthaberisch, ja triumphalistisch umzugehen.

Willy Spieler